

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses IV vom 7. Oktober 2020

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 348 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur sozialen Gefährdung von Jugendlichen**

Im Januar 2018 bestätigte die Regierung im Rahmen einer parlamentarischen Frage die Einsetzung einer besonderen Arbeitsgruppe, die sich mit der Problematik von Jugendlichen in sozial gefährdeten Situationen auseinandersetzt.

Laut Regierung hat diese Arbeitsgruppe unter anderen den Auftrag, eventuelle Lösungsansätze zu formulieren.

Gemeinsam mit den ÖSHZ Eupen, Lontzen und Raeren wurde daher ein Projekt aufgebaut, das im Rahmen des Leader-Programms eine zusätzliche Finanzierung beantragt hat. Das Projekt trägt den Titel „Auf dem Weg zur beruflichen Eingliederung über die soziale Integration“. Zielgruppe sind junge ÖSHZ Kunden im Alter von 18 bis 30 Jahren, die kurz- bzw. mittelfristig Schwierigkeiten haben, die Auflagen einer beruflichen Eingliederung zu erfüllen. Ziel des Projektes ist es, durch eine engmaschige, kompetenzorientierte Begleitung der Zielgruppe, deren professionelle und soziale Integration zu ermöglichen. Das Projekt erstreckt sich von April 2018 bis April 2021 – so Auszüge aus der Antwort auf die parlamentarische Frage am 17. Januar 2018

Hierzu folgende Fragen:

- *Welche Ergebnisse kann die Arbeitsgruppe nach fast zweieinhalbjähriger Tätigkeit vorlegen? Liegt eventuell ein Zwischenbericht vor?*
- *Welche Besonderheiten sind erkennbar?*

- **Frage Nr. 349 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu den Besuchsmöglichkeiten in den Wohn- und Pflegezentren**

Laut der Pressemitteilung vom 19. August 2020 einigten Sie und die Leiter der WPZS sich darauf, das Besuchsrecht und Ausgangsmöglichkeiten individuell zu gestalten.

Des Weiteren wurde zwischen Ihnen, Herr Minister, und den Leitern der WPZS vereinbart, dass es dem Koordinationsarzt der Einrichtung, nach Rücksprache mit den Leitern der Wohn- und Pflegezentren obliegt, mögliche Einschränkungen zu verhängen. Dies kann für einige WPZS Einschränkungen in die täglichen Besuchsmöglichkeiten oder Ausgehmöglichkeiten bedeuten.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Auf welche wissenschaftliche Grundlage basiert die Annahme, man könne die Verbreitung eines Virus durch Regelung der Besuchszeiten eindämmen?*
- *Liegen seitens der Angehörigen bereits Beschwerden vor, wissend, dass viele Menschen berufstätig sind und nicht immer zu den vorgegebenen Zeiten einen Besuch abstatten können?*
- *Inwiefern haben sich die Bewohner über gewisse Besuchs- und Ausgangsmöglichkeiten beschwert?*

• **Frage Nr. 350 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Warnung vor Betrug beim Kontakt-Tracing**

Auf der Seite von Ostbelgien Live wird vor betrügerischen Anrufen im Zusammenhang mit dem Corona Kontakt Tracing gewarnt.

Ein Bericht der VRT vom 13. Mai gibt an, dass das Kontakt-Tracing rasch Betrüger auf den Plan gerufen hat, die unbescholtene Bürger anrufen und aushorchen wollen.

Die Behörden geben an, dass alle entsprechenden Anrufe der regionalen Telefonzentrale immer nur unter einer einzigen und stets gleichen Nummer erfolgen. Es handele sich hier um die die Brüsseler Telefonnummer 02/2141919, oder eventuell um SMS-Berichte in diesem Zusammenhang via der einzig gültigen Nummer 8811.

Eintreffende Anrufe oder SMS-Berichte von anderen Nummern gilt es zu ignorieren und auf keinen Fall zurückzurufen. Links in SMS-Nachrichten sollten keinesfalls angeklickt werden.

Corona-Telefonmitarbeiter würden niemals private Angaben, Passwörter oder Bankdaten erfragen.

Hierzu lauten meine Fragen

- *Sind Ihnen Fälle von betrügerischen Anrufen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bekannt?*
- *Wie informieren sich insbesondere ältere Menschen über die Gefahren solcher Praktiken?*
- *Wie wird die Bevölkerung in Ostbelgien vom Kontakt-Tracing kontaktiert (über Festnetz, Mobilfunk, SMS)?*

• **Frage Nr. 351 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Tag der psychischen Gesundheit**

Der 10. Oktober gilt weltweit als internationaler Tag der psychischen Gesundheit (Mental Health Day).

Jedes Jahr am 10. Oktober machen Organisationen mit Informationsständen, Vorträgen und Kampagnen auf die Förderung der psychischen Gesundheit von Erwachsenen, älteren Menschen, Kindern und Jugendlichen aufmerksam.

So bietet die Gemeinde Esneux im Rahmen dieser Kampagne ihren Einwohnern einmal im Monat gratis eine Sprechstunde zur psychischen Gesundheit an.

Hierzu folgende Fragen:

- *Welche Angebote schafft die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen dieses Aktionstages?*
- *Wird die DG ihre finanziellen Ausgaben hinsichtlich eines erweiterten Angebots in Ostbelgien steigern?*

• **Frage Nr. 352 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum mangelnden Zeitrahmen für Sozialarbeiter der ÖSHZ, den Kontakt zu den Bedürftigen zu pflegen**

Im Rahmen des in unserem Parlament untersuchten gesellschaftspolitischen Themas „multiple Problemsituationen bei Jugendlichen und ihre Auswirkungen auf die soziale und berufliche Integration“ wurden Fachleute angehört.

Dabei fiel mehrfach die Bemerkung, dass den Sozialarbeiter*innen der ÖSHZ Zeit fehle, um auf dem Terrain unterwegs zu sein und somit ihren Klienten weniger zur Verfügung stünden. Angaben zufolge war das in der Vergangenheit anders.

Hierzu folgende Fragen:

- *Seit wann hat die DG-Regierung Kenntnis von dieser Entwicklung?*
- *Handelt es sich um ein allgemeines Phänomen in allen Gemeinden?*
- *Was wird hinsichtlich einer Personalaufstockung unternommen?*

• **Frage Nr. 353 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zu Corona und Demenz**

In der letzten Legislaturperiode wurde eine sogenannte Demenzstrategie für Ostbelgien entwickelt, welche Maßnahmen im Bereich der Information, Sensibilisierung, Entwicklung – aber auch Weiterentwicklung - von Initiativen und Netzwerkarbeit umfasst.

Seit 1994 findet jeweils am 21. September der Welt-Alzheimertag statt, der von der Dachorganisation Alzheimer's Disease International mit Unterstützung der WHO initiiert wurde, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Alzheimer-Krankheit und andere Demenzen zu richten.

Aufgrund der Corona-Pandemie stehen demenzerkrankte Personen, ihr Umfeld aber auch die Heime vor besonderen Herausforderungen.

Meine Fragen hierzu lauten, werter Herr Minister:

- *Welche Unterstützungsmöglichkeiten werden den Wohn- und Pflegezentren in Ostbelgien und den Angehörigen von demenzerkrankten Menschen in Corona-Zeiten geboten?*
- *Wurden spezifische Angebote coronabedingt geschaffen?*
- *Die spezifisch für Ostbelgien entwickelte Demenzstrategie soll bis ins Jahr 2025 reichen und mit den gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten. Da die Strategie nicht in Stein gemeißelt ist: wird die Strategie aufgrund der aktuellen Begebenheiten um Covid-19 angepasst?*

• **Frage Nr. 354 von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zum Stand der Dinge in puncto Raucherentwöhnung in Ostbelgien**

Rauchen ist bei Jugendlichen in Deutschland angeblich out, wenn man der Edition von September 2020 der Apotheken Umschau Glauben schenken mag. Nur noch 5,6 Prozent der 12- bis 17-Jährigen geben an zu rauchen. Im Jahr 1997 waren es noch 28,1 Prozent. Das fand die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit ihrer aktuellen Befragung zur Drogenaffinität heraus, die seit den 1970-er Jahren alljährlich durchgeführt wird. Dementsprechend stieg die Quote der Jugendlichen, die noch nie in ihrem Leben geraucht haben, im vergangenen Jahr auf ein Rekordhoch von 85,1 Prozent.

Dass die aktuelle Corona-Krise Unsicherheiten und Stress hervorruft, ist unbestritten. Die Situation könnte Raucher dazu bringen, häufiger zur Zigarette zu greifen. Laut einer im

„The New England Journal of Medicine“ publizierte Studie erhöht Rauchen zudem das Risiko eines schwerwiegenden Verlaufs einer Coronavirus Erkrankung.

Seit dem 1. Januar 2019 hat die deutschsprachige Gemeinschaft die Zuständigkeit im Rahmen der Raucherentwöhnung vollständig übernommen. Zur Umsetzung der Zuständigkeit ist eine Zusammenarbeit mit den Krankenkassen sowie der ASL im Rahmen der Sensibilisierungsarbeit und mit den Krankenhäusern, Hausärzten und Tabakologen bezüglich der effektiven Raucherentwöhnung entstanden. Im Mittelpunkt soll der Patient stehen, der innerhalb dieses multidisziplinären Konzepts primären Nutzen aus dem Angebot zieht.

Meine Fragen nun hierzu:

- *Wie sieht der Trend in der DG in puncto Rauchen im Jugendalter aus?*
- *Wie sieht der aktuelle Stand der Dinge bezüglich der Raucherentwöhnung in Ostbelgien aus?*

• **Frage Nr. 355 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zur geplanten Kampagne zur Förderung der Immunabwehr**

Herr Minister Antoniadis, Sie haben in der letzten Zeit, bei verschiedenen öffentlichen Anlässen, des Öfteren die Anmerkung fallen lassen, dass Sie eine erneute Kampagne zur Information der Bevölkerung rund um die Stärkung des Immunsystems planen.

Diese Initiative kommt – mit der kalten Jahreszeit und der damit verbundenen Infektionslage – wohl genau zur richtigen Zeit um die vorhandenen Ressourcen zu stärken und Gesundheit präventiv zu fördern, gerade auch in Corona-Zeiten.

Meine Frage dazu:

Können Sie jetzt schon mehr zum Zeitpunkt und nähere Details zum Inhalt dieser Kampagne verraten?

• **Frage Nr. 356 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu Brustkrebskliniken in deutscher Sprache**

Jedes Jahr wird bei durchschnittlich 11.000 Menschen Brustkrebs diagnostiziert. Es ist die häufigste Krebsart bei Frauen. Nach Angaben der Krebsstiftung ist wahrscheinlich jede neunte Frau vor ihrem 75. Lebensjahr von dieser Krankheit betroffen.

Gemäß Königlichem Erlass vom 15. Dezember 2013 muss ein Krankenhaus, um als „Satellitenbrustklinik“ anerkannt zu sein, mindestens 60 Neuerkrankungen pro Jahr zählen.

Diese Quote erreichen die beiden deutschsprachigen Krankenhäuser als einzelne Standorte nicht. Die Anerkennung einer gemeinsamen Satellitenbrustklinik ist vom Gesetzgeber jedoch nicht vorgesehen.

Wenn die Kriterien nicht erreicht werden oder die Addierung neuer Brustkrebspatienten der beiden Standorte nicht möglich ist, wird der Zugang zu wichtigen genetischen Tests für Patienten aus der deutschsprachigen Gemeinschaft erschwert, da diese nur von anerkannten Brustkliniken zu Lasten des LIKIV angefragt werden können.

Es wären maßgeblich deutschsprachige Frauen, aber auch Männer, die bei einer solchen Entwicklung nicht mehr in ihrer Muttersprache und in einem für sie leicht zugänglichen Krankenhaus behandelt würden - zusätzlich zu der mentalen und emotionalen Last, gegen eine solche Krankheit zu kämpfen. Die Politik verliert also leider mal wieder das Gleichgewicht zwischen Menschlichkeit und Rentabilität.

Herr Minister, mir ist bewusst, dass dieses Thema nicht in Ihrer Zuständigkeit liegt. Trotzdem können Sie als Minister für Gesundheitsprävention als Vertreter der deutschsprachigen Frauen, ihrem Kollegen dem neuen Föderalminister für Gesundheit, die Wichtigkeit der Beibehaltung einer deutschsprachigen Brustklinik in unserem Land deutlich machen und sich für sie einsetzen.

Demzufolge möchte ich Ihnen meine Fragen wie folgt stellen:

- *Sind Sie diesbezüglich im Dialog mit der Klinik Sankt Josef und dem Sankt Nikolaus Hospital? Welche Möglichkeiten stehen im Raum?*
- *Was werden Sie unternehmen um eine Brustklinik in der DG zu behalten?*